

Warum brauchen wir ein antikapitalistisches Netzwerk?

Die Notwendigkeit einer Debatte um eine Alternative zum Kapitalismus

Der Begriff „Sozialismus“ hat heute einen vielfachen Bedeutungshintergrund angenommen: Während er für einige schlicht synonym mit „sozialer Gerechtigkeit“ ist, verkörpert er für andere diktatorische Gleichmacherei und Bespitzelung. Eine Alternative zum Kapitalismus, die sich selbst als „real existierender Sozialismus“ bezeichnet hatte, ist untergegangen. Gleichwohl hat jener gescheiterte Versuch des Anlaufs zur Überwindung von Ausbeutung und Krieg für uns zahlreiche Fragen nach Entstehungsbedingungen, Verlauf und Charakter hinterlassen, die unter SozialistInnen und KommunistInnen dringend einer ernsthaften Debatte und der Aufarbeitung bedürfen.

Nahezu alle politischen Fraktionen und Strömungen der politischen Linken aus dieser Tradition befinden sich organisatorisch, politisch und ideologisch in einer schlechten Lage. In den letzten Jahren hat sich leider nur ein bescheidenes Maß an gemeinsamer politischer Praxis entwickelt. Ratlosigkeit und Resignation machen sich breit.

Und dennoch bleibt für uns SozialistInnen und KommunistInnen der Handlungsdruck, hier und jetzt für eine Alternative zu den herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen eintreten zu müssen. Es bleibt die Notwendigkeit, den schlimmsten sozialen und ökologischen Bedrohungen entgegenzuwirken. Was liegt da näher, als stetig für ein stabiles Bündnis aller antikapitalistischen Strömungen oder Bewegungen einzutreten, unabhängig von deren jeweiligen weitergehenden politischen Perspektive.

Das kapitalistische System bietet aktuell viele Angriffspunkte

Das kapitalistische Weltsystem befindet sich aktuell in einer schweren Systemkrise. Die Abwendung einer „Kernschmelze“ im Bankensektor erforderte Milliardensummen. Diese Kosten werden nun vermittels brutaler Sparprogramme auf die Bevölkerung abgewälzt. In Europa mußte die Europäische Zentralbank mehrere nationale Banken stützen, um den Zusammenbruch einzelner Nationalstaaten zu verhindern. Aber weder können die Banken die kreditgestützten und von Privatinteressen ausgeraubten Volkswirtschaften Griechenlands, Portugals, Irlands oder Spaniens dauerhaft finanzieren, noch kann Europa das insgesamt. Das ist den Herrschenden sehr bewußt. Sie versuchen statt dessen, den Verteilungsschlüssel zwischen Kapital und Arbeit dauerhaft zugunsten der reichen kleinen Oberschicht zu verändern.

Der Klassenkrieg von oben

Während die bürgerlichen Politiker der europäischen Mächte Krisensitzungen abhalten und in TV-Schwatzrunden darüber plaudern, wie man das „Bankenwesen in den Griff“ bekommt, organisieren sie u.a. mit dem Instrument der Brüsseler EU-Bürokratie einen brutalen Klassenkrieg von oben.

Die auf der Grundlage moderner Technologien vorangetriebene Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft hat den bisherigen nationalstaatlichen Ordnungsrahmen bürgerlicher Herrschaft längst tiefgreifend verändert. Dabei wird nicht nur der Sozialstaat, sondern auch die bürgerliche Demokratie beseitigt. Der Einfluß der Wählermassen auf parlamentarische Entscheidungsgremien wird seit Jahrzehnten systematisch verringert. Korruption, Bürokratismus, Lobbyismus und Autoritarismus sind dabei Begleiterscheinungen, die die Legitimationskrise des kapitalistischen Herrschaftsmodells vertiefen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Politik der meisten europäischen Gewerkschaftsführungen bestand darin, die Politik der Garantien für die Bankenkredite zu unterstützen. Die dabei gehegte Hoffnung auf eine keynesianisch inspirierte Krisenbewältigung mittels Arbeitsbeschaffungsprogrammen und Stärkung der Massenkaukraft, quasi einem neo-reformistischen strategischen Konzept, erweist sich als gefährliche Illusion. Statt dessen erlebten die Beschäftigten massive Lohnkürzungen, es dominieren Stellenstreichungen, Rentenkürzungen, Steuergeschenke für Reiche, Sozialraub und massive Erwerbslosigkeit.

Die gewerkschaftliche Politik im Nachtrab kapitalistischer Standortlogik hat dabei das Vertrauen in die Gewerkschaften massiv untergraben und ihre Durchsetzungsfähigkeit schwer, vielleicht sogar irreversibel, beschädigt. Die Kultur des gewerkschaftlichen Co-Management mit Unternehmensleitungen und bürgerlichen Regierungen kann aber offensichtlich nicht mehr beendet werden. Die kommenden Verteilungs- und Abwehrkämpfe werden vermutlich ohne oder sogar gegen die Gewerkschaftsführungen geführt werden müssen.

Was wir brauchen

Ein hartnäckiger und dauerhafter Widerstand kann nur erfolgreich sein, wenn er sich auf lokale, regionale und bundesweit vernetzte Strukturen der antikapitalistischen Linken stützen kann.

Zusätzlich brauchen wir dabei neue Organisationsformen, die der internationalisierten Produktionsstruktur gerecht werden, effektive Massenkämpfe ermöglichen und immer auch einen breiten Kanon von Bemühungen, die den zunehmenden Rassismus mit seinen Stereotypen vom fleißigen Deutschen, faulen Griechen und unfähigen Iren eine massive Abfuhr erteilen kann.

Wir lehnen das bürokratische EU – Gebilde aus der Troika von Banken, Militär und politischer Repression ab und knüpfen statt dessen an die Vorstellungen eines Vereinten Europas an, wie sie ansatzweise z.B. in den antifaschistischen Partisanenverbänden gegen Ende des zweiten Weltkrieges entwickelt wurden.

Unsere Skepsis gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus nährt sich auch aus dem Umstand, daß die Entscheidungsfindung zunehmend aus den Parlamenten ausgelagert ist. Immer mehr Entscheidungen werden heute in demokratisch nicht legitimierten Gremien vollzogen.

Demgegenüber haben die von Sozialdumping, von sehr bescheidenen Möglichkeiten der Durchsetzung ihrer Interessen Betroffenen keine Lobbyisten auf ihrer Seite. Sie müssen sich ihre Möglichkeiten der Einflußnahme auf der Straße, in Betrieb und Verwaltung, in ihren Vierteln und Vereinigungen selbsttätig erschließen, wollen sie an ihrer Lage irgend etwas ändern. Hier zeigt sich die Notwendigkeit von Strukturen einer antikapitalistischen Linken.

Daher treten wir vorrangig für deren Möglichkeiten zur Organisation und Mobilisierung ein. Denn nur über den Aufbau von tragfähigen Strukturen gesellschaftlicher Gegenmacht können sich die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und überhaupt der Ausgegrenzten, sprich der Mehrheit der EuropäerInnen, auf Dauer Gehör verschaffen.

Einen antikapitalistischen Pol aufbauen

Im Rahmen dieser grob skizzierten Zielsetzungen streben wir eine Kooperation bereits existierender antikapitalistischer, jedoch meist zersplitterter Kräfte an.

Es gilt, einen gesellschaftlich wahrnehmbaren antikapitalistischen Pol aufzubauen, der die solidarische Debatte zur Lösung anstehender Fragen pflegt und darüber hinaus gemeinsame Kampagnen und Initiativen voranbringt. Dabei erwarten wir keinen „Bruch“ und auch kein „Abschwören“ von der eigenen biografischen Vergangenheit oder organisatorischen Bindungen. Jede/r ist willkommen, der/die sich solidarisch einbringen

will und mithilft, damit der Wind sich dreht und dem Kapitalismus eine Alternative entgegen gestellt werden kann. Keine der derzeitigen Strömungen oder Gruppierungen der politischen Linken ist derzeit aus sich heraus in der Lage, die anstehenden Aufgaben zur Schaffung einer antikapitalistischen Linken bewältigen zu können.

Kooperation ist an der Tagesordnung ! Dafür tritt die SoKo ein.

(vgl. auch unter www.sozialistische-kooperation.de)